

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **26 (1932)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

fen um ihr Recht bringen. — Und eine „Kirche“ steht „neutral“, d. h. mit ausgesprochenen Sympathien für den Klassenkampf von oben her dabei. — Sie wirft sich dieser Entfesselung der Gewalt und der verhängnisvollen Macht des Glaubens an die Gewalt nicht mit aller Wucht christlicher Frömmigkeit entgegen. — Sie glaubt an die Worte, und weigert sich, die Taten zu sehen. Warum? Weil sie eben vom Geist der Privilegierten befangen ist.

Gehört es nicht zur großen Tragik derer, die heute evangelische Christen sein wollen, sein müssen, daß sie drüben in der katholischen Kirche mehr Klarheit über das finden, was Jesu Botschaft vom Menschen heute fordert, als in der Kirche, die sich nach dem Evangelium nennt? — Dort deshalb führende Macht über die Menschen, bei uns hilfloses Nachlaufen hinter jeder Zeitbewegung ohne jene Fähigkeit, zu erkennen, ob sie das Leben oder den Tod bringt.

Aber das ist doch die eigentliche Gabe, die uns unsere Frömmigkeit gibt, daß wir erkennen, was Leben und was Tod ist — Leben, wo man zur Hingabe des Lebens gefordert wird — Tod, wo man sich und sein Leben will. — Das gilt auch den Völkern — ja, auch den Völkern, denn es ist Gottes Weltordnung so.

16. November.

Leonhard Ragaz.

Rundschau

Zur Chronik.

1. *Friedensbewegung und Abrüstung.* Die *englischen Kirchen* haben durch ihre Vertreter bei Macdonald und Simon für eine radikale Abrüstung und eine Beilegung des Waffen- und Munitionshandels plädiert, leider auch unter Verwendung der irreführenden Losung von der „Gleichberechtigung“. An einer „*freisinnigen*“ *Akademikertagung* in Lausanne wurde auch das Problem der Armeen und Wehrhaftigkeit diskutiert. Daß in diesem, hauptsächlich aus unserer fatteden und reaktionärsten Bourgeoisie rekrutierten Kreise für die Abrüstung der *Schweiz* viel Stimmung vorhanden sei, hat wohl niemand erwartet. Auch die in jeder Beziehung nahen Genfer Ereignisse waren durch die Preßlüge des Eindrucks, den sie vielleicht hätten machen können, beraubt. Einige Oppositionsstimmen wurden doch auch hier laut. „Beifall gab es für die Vertreter beider Richtungen“, sagt der Bericht der „*Neuen Zürcher Zeitung*“. Den Geist der Versammlung und leider eines noch zu großen Teils unseres Volkes drückt dessen weitere Formulierung aus, daß die Resolution „die Notwendigkeit einer wirklichen Landesverteidigung und einer *Stärkung des Wehrwillens* beim *Schweizervolk* hervorhebe, und sich zugleich auf den Boden eines umfassenden Rüstungsabbaus auf *internationalem* Boden stelle.“ (Die Sperrungen sind auch in der Resolution enthalten.) Aufrüstung bei uns, Abrüstung bei den andern, das ist für diese Leute die „*Mission der Schweiz*“.

Motta hat in der Abrüstungskommission lebhaft für das Verbot des Luftkrieges, aber noch etwas lebhafter gegen das Verbot der Gasmasken plädiert. Auch das ist „gut schweizerisch“: für die Abrüstung (der andern!) eifern und doch nicht an sie glauben!

Herriot hat in Lens vor den ungeheuren Soldatenfriedhöfen jener Gegend eine Friedensrede gehalten. Wenn nur seine Friedenstaten ebenso treffend wären!

Die *dänischen Wahlen* zu dem Folkething (dem Unterhaus), die für Dänemark selbst wirtschaftlich bedingt sind, haben für uns insofern Interesse, als sie die jetzigen Regierungsparteien an der Macht erhalten und insofern die Abrüstungsbewegung nicht matt setzen. Diese ist bekanntlich, soweit das Parlament in Betracht kommt, bloß durch eine ganz kleine Mehrheit des Landsting (Oberhauses) an ihrem Siege verhindert.

Dem französischen ist ein *englischer Abrüstungsvorschlag* gefolgt und durch Simon dem Bureau der Abrüstungskonferenz vorgelegt worden. Er sieht im

allgemeinen die „Gleichberechtigung“ Deutschlands vor. Die Bestimmungen des Verfailler Vertrages über seine Abrüstung sollen durch die Abrüstungskonvention ersetzt, d. h. aufgehoben werden, seine neuen Abrüstungsverpflichtungen an die gleichen Termine gebunden sein wie die der andern. Es soll die gleichen Waffengattungen besitzen dürfen wie die andern, aber nur etappenweise die volle Gleichberechtigung hierfür verwirklichen. (Das alles gilt auch für Oesterreich, Ungarn und Bulgarien). Auf eine Militär- und Marineaviatik müßte Deutschland verzichten. (Die letztere paßte ja England nicht!) Dagegen dürfe es auch Großkampfschiffe bauen, nur die ihm bisher gestattete Gesamttonnage nicht überschreiten. Was die *allgemeinen* Bestimmungen betrifft, so solle die Tonnage der Großkampfschiffe bedeutend herabgesetzt werden, ebenso die der Kreuzer und zwar diese auf die den deutschen Kreuzern bisher eingeräumte. Die Unterseeboote seien ganz abzuschaffen. (Diese paßten den Engländern am wenigsten!) Die Landrüstungen betreffend sei zu verfügen, daß kleine Tanks beibehalten werden dürften, das Kaliber der schweren Artillerie auf 105 Millimeter zu verringern sei. Die Luftstreitkräfte der ganzen Welt seien um ein Drittel zu verringern, die Bombenflugzeuge und ihr Geschäft zu verbieten, unter der Bedingung, daß für die Zukunft eine gewisse Internationalisierung der Zivilaviatik vorgeesehen werde. Das Milizsystem sei zu erlauben, nur sollte es nicht „zu einer Vermehrung der deutschen Angriffsmacht führen“. (Sollte!) Eine für alle Staaten gültige Rüstungskontrolle sei zu fordern. Im übrigen sollten alle europäischen Staaten eine feierliche Erklärung abgeben, wonach sie sich neuerdings (!) verpflichteten, unter keinen Umständen zu den Waffen zu greifen, um in Zukunft zwischen ihnen entstehende Konflikte zu lösen. (Warum denn aber all die Rüstungen?) Streitigkeiten sollen auf diplomatischem Wege, sei's durch Anwendung von Artikel 19 des Völkerbündspaktes betreffend die Aenderung internationaler Verträge, sei's auf andern friedlichen Wegen, beigelegt werden.

Das wäre also der *englische* Beitrag zum Welthumor und zur allgemeinen Neubewaffnung!

Der flämische Dienstverweigerer *Simoens*, für den seine Mutter mit großer Tapferkeit und Hochherzigkeit eintrat, ist infolge seines Hungerstreikes aus dem Gefängnis entlassen worden.

Ich nenne ihn nicht ohne Bedacht gerade an *dieser* Stelle!

2. *Soziales und Wirtschaftliches*. In Bern hat eine schweizerische Kommission für „Preisabbau“ getagt und tagt gegenwärtig eine *Wirtschaftskonferenz*. Daß bei beiden etwas herauskommen könne, werden nicht viele glauben, am wenigsten vielleicht die Einberufer, Leiter des volkswirtschaftlichen Departements, die damit wohl nur zeigen will, daß niemand etwas Besseres wisse als er.

Für die *Stickerie* im St. Galler Rheintal ist (endlich!) eine Bundeshilfe beschlossen worden. Mit Oesterreich sind Verhandlungen im Gange.

Die Lohnkämpfe in *Lancashire* haben für die *Spinner* doch mit einem beträchtlichen Lohnabzug geendigt.

In der *Tschechoslowakei* hat die Bauernnot zu Unruhen geführt. Man vergleiche den Bericht darüber nachdenklich mit den Genfer Ereignissen.

„*Preßburg*, 17. Nov. ag. (Tsch. P. B.) In der Gemeinde Polomka (Bezirk Brecno), wo vor einigen Tagen eine gerichtliche Versteigerung von Pfandimmobilien von der Menge verhindert worden war, und wo am 14. und 15. November Demonstrationen gegen die Gendarmerie erfolgten, sollten gestern sechs weitere Personen wegen Teilnahme an den Ausschreitungen verhaftet werden. Etwa tausend mit Senfen, Heugabeln, Drechseln und Steinen bewaffnete Personen aus der Gegend zogen gegen die Gemeinde Polomka, umzingelten die Gendarmerie und griffen sie an. Nach sechs maligen, vergeblichen Aufforderungen zum Auseinandergehen gab der Gendarmeriekommandant den Befehl zum Waffengebrauch, da sich die Gendarmen bedroht fahen. Zwei Angreifer wurden getötet und einer leicht verletzt. Ob weitere Personen verletzt wurden, ist noch nicht festgestellt, da die Menge beim Vorgehen der Gendarmerie auseinanderfloh.“

Henderson hat den Vorsitz der Labour-Party niedergelegt wegen Ueberbelastung.

Trotzki ist von einer Studentenvereinigung nach *Dänemark* eingeladen worden, um dort Vorträge über die russische Revolution zu halten. *Dänemark* hat ihm die Einreise bewilligt! Er wolle nachher noch Schweden und Norwegen besuchen und dann nach seiner Insel *Prinkipo* im *Marmarameer* zurückkehren. (Die *Türkei* ein Afyl für Revolutionäre!)

Bei dem bekannten Prozeß wegen einer Schießerei in der *Röntgenstraße* in *Berlin*, wo neun Kommunisten die Angeklagten waren, stellte sich heraus, daß in Wahrheit Nationalsozialisten die Angreifer waren. (Ich berichte dies etwas verspätet.)

Gregor Strasser, der nationalsozialistische Führer, soll den (sozialdemokratischen!) freien Gewerkschaften ein gemeinfames Vorgehen angetragen haben, aber abgewiesen worden sein.

3. *Schweizerisches*. Im *Tessin* ist eine weitverbreitete, äußerst freche und skandalöse Tätigkeit *fascistischer Agenten* aufgedeckt worden. Darüber berichtet die Systemspresse natürlich nur in gedämpften Leiertönen, während über die Genfer Vorgänge Lügenpöfaunen erdröhnen.

Ein großer *Alkoholschmuggel* ist anderorts schon erwähnt.

In *Genf* ist eine sozialdemokratische *Steuerinitiative*, welche die Steuern sehr stark auf die Besitzenden beschränken wollte und die bei diesen große Erbitterung gegen ihren Haupturfacher *Nicole* erzeugte (*hinc illae lacrimae!*), wohl auch etwas demagogisch gemeint war, mit rund 20 000 gegen rund 16 000 Stimmen abgelehnt worden.

Ein *deutsch-schweizerischer Wirtschaftsvertrag* ist abgeschlossen worden.

In *Schaffhausen* haben Sozialdemokraten und Kommunisten den, freilich etwas zahm gewordenen Kommunistenführer *Bringolf* zum Stadtpräsidenten gewählt.

4. *Natur und Kultur*. Gewaltige *Stürme* haben in verschiedenen Gegenden der Erde (zum Beispiel auf *Cuba*, in *Annam*, *Japan*) ungeheure Verheerungen angestellt und gewaltige Menschenopfer (auf *Cuba* allein gegen 4000) gefordert.

Im *Tessin* muß der Prozeß gegen einen gewissen *Cecchini*, der seine Frau ermordet hatte, darin der Frauenwelt üble Erscheinungen zutage gefördert haben. *Cecchini* selbst hat sich das Leben genommen.

Die sieben jungen *Neger*, die wegen Vergewaltigung von zwei weißen Frauen zum Tode verurteilt waren (wahrscheinlich unschuldig), sind nun begnadigt. Der Prozeß wird wohl neu aufgenommen werden. Auch für *Mooney* scheint das endlich zu gelingen.

Tief bewegend ist die Katastrophe, der die Anstalt *Bühl* für schwachsinige Kinder und junge Menschen bei *Wädenswil* (am *Zürichsee*) zum Opfer gefallen ist und die neun Infassen das Leben gekostet hat. Ein über eine leichte Bestrafung entrüsteter Infasse hat das Feuer gelegt.

Aus *Berlin* kommt die Kunde, die eine frohe sein könnte, daß es gelungen sei, durch eine Art von akustischem Filter den *Lärm* der Motorfahrzeuge fast völlig aufzuheben. Wie leicht ginge dergleichen, wenn man nur wollte und der Mensch mehr gälte als die „Technik“.

5. *Kirche und Religion*. Im *mexikanischen* Religionskampf hat ein päpstlicher Erlaß den Geistlichen und Laien aufs nachdrücklichste jeden Gebrauch von *Gewalt* verboten. Es gibt doch Neues unter der Sonne!

In *Oldenburg* wollte der nationalsozialistische Bürgermeister *Röwer* das Auftreten des Negerpastors *Kwami* von der *Ewe-Kirche* in *Ostafrika* in der Kirche *St. Lamberti* als „Schändung der weißen Rasse“ verbieten, mußte aber vor dem Widerstand besonders des protestantischen Landesbischofs *Rendtorff* (wenn ich nicht irre) den Rückzug antreten.

Die antichristliche, vom Germanismus inspierierte Agitation von *Mathilde*

Ludendorff, der Gattin des Feldmarschalls („Tannenbergbund“), macht den deutschen Kirchen viel zu schaffen.

In *Baden* hat eine aus „Positiven“ und Nationalsozialisten bestehende Mehrheit durch formell gesetzliche, sachlich aber vergewaltigende Verfassungsänderung die *Religiösen Sozialisten* (wie die Liberalen, wenn ich nicht irre!) aus der Kirchenregierung, wo sie durch unsern Freund Dr. Dietrich aus Mannheim vertreten waren, ausgeschlossen. Die Rechnung für solche Akte wird später gestellt werden — von der Geschichte!

17. November.

Zwei Äußerungen zu den Genfer Ereignissen.

I.

Zürich (Gartenhofstraße 7), 19. November 1932.

An den Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft, *Bern*.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Sehr geehrte Herren Bundesräte.

Der unterzeichnete Vorstand des Schweizerischen Zweiges der I.F.F.F. gelangt an Sie, um Ihnen seine tiefe Bestürzung über die Vorgänge in Genf und die Rolle, die unsere Armee bei diesen Vorgängen gespielt hat, auszudrücken.

Wir möchten uns kein abschließendes Urteil anmaßen über die Einzelheiten, die zu dem Zusammenprall der beiden gegnerischen Parteigruppen führten und sind fern davon, die Schuld nur auf der einen Seite zu sehen. Es haben sich ohne Zweifel beide Seiten schwerer Provokation schuldig gemacht.

Was uns aber mit den ernstesten Bedenken erfüllt, ist die Art des Eingreifens unserer Truppen in diesem Konflikt, die Anwendung von Maschinengewehren und die Verwendung von Rekruten. Nach unserer Ueberzeugung, die durch mehrfache Vorkommnisse der neuesten Zeit unterstützt wird, sind Truppenaufgebote an sich eher geeignet, Beunruhigung und Aufregung zu schaffen, als sie zu mildern. Auf jeden Fall aber muß es aufreizend wirken, wenn, bevor irgend eine Ausschreitung erfolgt ist, Truppenteile die Straßen einer Stadt durchziehen, in der schon eine gewisse politische Spannung herrscht. Vor allem aber dürfte erwartet werden, daß den Offizieren strengste Weisung erteilt würde, nur im äußersten Notfalle von den Schießwaffen Gebrauch zu machen. Daß in Genf ohne eine vorhergehende, auch für die Zivilbevölkerung verständliche Warnung sofort mit scharfer Munition und zwar aus einem Maschinengewehr auf eine unbewaffnete Menge geschossen wurde, wird ein dunkles Blatt in der Geschichte unseres Landes bleiben.

Solche Geschehnisse können nur die Erbitterung in der Bevölkerung steigern und sind weit davon entfernt, Ruhe und Einigkeit herzustellen.

Aus tiefer Liebe zu unserm Volke und aus aufrichtiger Besorgnis um das Schicksal unseres Landes heraus, möchten wir Sie auf die furchtbare Gefahr eines solchen Mißbrauches unserer Armee aufmerksam machen und den dringenden Wunsch aussprechen, es möchte von Ihnen aus alles getan werden, um die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen und um die Wiederholung eines solchen Blutvergießens zu verhüten.

Wir sind keiner Partei verbunden, wir sprechen als Schweizerfrauen, nur geleitet vom Gefühl der Liebe und Menschlichkeit.

Im Namen des Schweizerischen Vorstandes der I.F.F.F.

Die Präsidentin: *Clara Ragaz*.

Die Aktuarin: *Dr. Helene Stähelin*.

II.

Entschießung der Ortsgruppe Genf der Schweizer Liga für Menschenrechte und Bürgerrechte.

Die Ortsgruppe Genf der Schweizer Liga für Menschen- und Bürgerrechte, in ihrer außerordentlichen Mitgliederversammlung vom Sonntag, den 13. November in Genf, von Schmerz ergriffen ob den blutigen Vorfällen, die sich Mittwoch

Abend, den 9. November, auf dem Boulevard du Pont d'Arve, in Genf, ereignet haben, beklagt tief den Verlust zahlreicher Menschenleben, spricht den Verwandten der Getöteten ihre herzliche Teilnahme und ihr Beileid aus und bezeugt den zahlreichen Verwundeten ihr inniges Mitgefühl.

Gestützt auf die Tatsachen, die durch die Aussagen zahlreicher Augenzeugen festgestellt sind, wirft sie vor:

1. Den zuständigen Behörden des Kantons und der Stadt Genf: daß sie nicht verboten haben, eine Kundgebung abzuhalten, deren Anschlagsanzeige eine wirkliche Herausforderung eines großen Teils der Bevölkerung darstellte, in Form einer öffentlichen Anklageerhebung gegen zwei Führer der Sozialistischen Partei von Genf, — eine Herausforderung, die eine Beschränkung der Versammlungsfreiheit gerechtfertigt hätte;

2. den zuständigen Kantonalen und Eidgenössischen Behörden: daß sie ohne Notwendigkeit militärische Streitkräfte, nämlich das Rekrutenbataillon von Lausanne, zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beizogen, was unnötig und unpassend war;

3. den Polizeibehörden: daß sie den Eintritt in diese als „öffentlich“ angekündigte Versammlung verboten oder beschränkt haben gegenüber denjenigen Personen, die nicht mit einer besondern Einladungsanzeige versehen waren, und dabei Absperrungsmaßnahmen, schwere Ketten und andere Mittel, angewendet haben, die geeignet waren, die friedlichst gesinnte Bevölkerung zu erregen;

4. dem Regierungspräsidenten und Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements des Freistaates und Kantons Genf: daß er das Einschreiten der mit Gewehren und kleinen und großen Maschinengewehren und mit scharfer Munition versehenen Truppen angeordnet hat gegen Menschen und Bürger, die sich darauf beschränkten, auf der Straße ihren demokratischen Gefühlen Ausdruck zu geben;

5. den Truppenkommandanten, Oberstleutnant und Instrukteur Lederrey, Major und Instruktor Perret und Kompagniechef Oberleutnant Burnat: daß sie von den Schußwaffen, den Gewehren und den kleinen und großen Maschinengewehren Gebrauch gemacht und befohlen haben, auf die Menschenmenge scharf zu schießen, in unerhört roher und menschenunwürdiger Weise, nämlich so: Während das Publikum vollständig unbewaffnet bei der Ausstellungshalle und der protestantischen Kirche von Plainpalais am Boulevard du Pont d'Arve friedlich versammelt war, wobei die meisten Leute die Soldaten nicht einmal hatten bemerken können, da diese an einem in Halbdunkel gehüllten Ort, nämlich unmittelbar an der Vorderseite des Ausstellungsgebäudes, Aufstellung genommen hatten, gab die Truppe Feuer, in feiger Weise und ohne irgend welche vorherige Warnung und Aufforderung an das Publikum, diesen Ort zu verlassen, wobei sie wehrlose, ehrliche Menschen und Bürger zu Dutzenden traf und niederstreckte.

Die Menschenrechtsliga in Genf verurteilt aufs schärfste und brandmarkt diesen Massenmord, dieses Blutbad, diesen terroristischen Regierungsakt, der abscheulich und eines zivilisierten Staates, eines Rechts- und Freiheitsstaates unwürdig ist.

Sie betont den jammervollen Eindruck, den das Verhalten der Regierungs- und Polizeibehörden bei dieser Bluttat sowohl in der Bevölkerung im allgemeinen als auch besonders bei den internationalen Einrichtungen, die ihren Sitz in Genf haben, namentlich beim Völkerbund und Internationalen Arbeitsamt, hervorgerufen haben.

Sie verwahrt sich mit Entrüstung gegen das Bestreben dieser Behörden, die Rechtfertigung ihres Verhaltens dadurch zu versuchen, daß sie behaupten, sie hätten einem von den Linksparteien, Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten, Antimilitaristen, geplanten Anschlag gegen den Staat gegenübergestanden, — eine ebenso törichte als gemeine Anklage.

Die Menschenrechtsliga in Genf verlangt:

a) eine strafrechtliche Untersuchung gegen die Urheber der Menschenföchlächtere von 9. November 1932 und die Einkerkelung der Schuldigen, so hoch gestellt sie auch sein mögen;

b) die unverzügliche Freilassung oder Amnestierung aller derjenigen Zivil- oder Militärpersonen, seien sie sozialistischer, kommunistischer, anarchistischer oder anderer gefinnungsverwandter Richtung, aller Kämpfer für Wahrheit, Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit, die der Mitwirkung bei dem angeblichen revolutionären Anschlag beschuldigt oder sonst im Zusammenhang mit dem Blutbad in Genf verhaftet sind;

c) die Hilfeleistung zugunsten der Opfer dieser Missetat.

Der Präsident: Gustave Borloz.

Bern. Die religiös-soziale Vereinigung veranstaltet diesen Winter *sechs Lese- und Ausspracheabende*, denen das Buch von J. Heering: *Der Sündenfall des Christentums: Eine Untersuchung über Christentum, Staat und Kirche* zu Grunde gelegt wird. Die nächsten zwei Abende stehen unter der Leitung von Pfarrer K. von Greyerz und finden statt: *Mittwoch, den 30. November, 20 Uhr. Thema: Christentum, Staat und Krieg im Mittelalter und zur Reformationszeit*, und *Mittwoch, den 7. Dezember, 20 Uhr. Thema: Christentum, Staat und Krieg in der Neuzeit.* — Lokal: Gemeindefaal, Wallgasse 4.

Die Leser der „Neuen Wege“ sind herzlich eingeladen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und Gäste mitzubringen.

Für die *Hungernden in China* sind vom September bis November bei uns eingegangen: von Fr. W. in Fr. Fr. 40.—; W. und P. M. in W. 25.—; O. W. in B. 50.—; Fr. W. in Fr. 50.—. Total: Fr. 165.—.

Für die *Arbeitslosen* erhielten wir in der gleichen Zeitspanne von F. W. in F. Fr. 40.—; 40.—; W. und P. M. in W. 50.—. Total: Fr. 130.—.

Diese Gaben verdanken herzlich

L. und C. Ragaz.

Berichtigung. Die im Oktoberheft (S. 463) enthaltene Notiz beruht insofern auf einem Irrtum, als es sich nicht um die *Post- und Telegraphenangestellten*, sondern die *Telegraph- und Telephonbeamten* handelt.



Arbeit und Bildung

Ergänzung des Winterprogramms.

An Stelle eines besonderen Kurses tritt für das erste Wintersemester ein mit einem gefinnungsverwandten Kreise unternommener Versuch, mit der Botschaft von Christus und dem Reiche Gottes vor einen weiteren Kreis zu treten. Das Programm dieses Versuchs lautet:

Gott und unsere Not. Fünf Volkshauspredigten, *jeweilen Sonntag vormittags 10½ Uhr im weißen Saale des Volkshauses.*

1. Die Sorge. (Pfarrer A. Maurer.) 20. November.
2. Die Gier. (Pfarrer H. Bachmann.) 27. November.
3. Die Schuld. (Professor E. Brunner.) 4. Dezember.
4. Das Schickfal. (Dr. L. Ragaz.) 11. Dezember.
5. Der Tod. (Pfarer E. Tifchhauser.) 18. Dezember.

Wir möchten unsere Mitglieder und Freunde auf die oben erwähnten Predigten aufmerksam machen und sie bitten, nicht nur selbst daran teilzunehmen, sondern auch andere darauf hinzuweisen.

Die Kommission.